



Die stellvertretende Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 02.05.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule und Kultur
am Mittwoch, 08. Mai 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 11-S-00-0017
Wahl der/des Vorsitzenden
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 07.03.2013

Bereich Schule:

3. 13-F-08-0029
Sachstand der beschlossenen Schulsanierungen und der baulichen Maßnahmen für die
Ausweitung der Grundschulkinderbetreuung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 17.04.2013 -

ANLAGE: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.04.2013

4. 13-V-40-0003

DL 12/13-5

Projekt Ausbau Grundschulkinderbetreuung - Standorte Prioritätenliste 2013

5. 13-F-03-0041

Personalausstattung bei Grundschulkinderbetreuung bei 2. und 3. Säule
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2013-

Alle Kinder Wiesbadens, unabhängig von ihrer Herkunft, haben Anspruch auf die gleichen Bildungs- und Teilhabechancen in dieser Gesellschaft. Kinder aus sozial benachteiligten Familien benötigen zum Ausgleich ihrer sozialen Benachteiligungen, zur Überwindung ihrer individuellen Beeinträchtigungen und zur Förderung ihrer sozialen Integration einen höheren Unterstützungsbedarf. In Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen ist der Anteil der benachteiligten Familien deutlich erhöht. Um den individuellen Bedarfen aus dem jeweiligen Sozialraum gerecht zu werden, ist die personelle Ausstattung in den Betreuungseinrichtungen entsprechend anzupassen. Berücksichtigt werden muss sowohl die personelle Ausstattung als auch die berufliche Qualifikation der Fachkräfte.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

der Magistrat wird beauftragt, evtl. gemeinsam mit den freien Trägern, ein Konzept zur Verbesserung der Personalausstattung in der Grundschulkinderbetreuung an Standorten mit besonderen sozialen Bedarfslagen zu erstellen.

6. 13-F-33-0037

Schule für Lernhilfe
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 29.04.2013-

Die Aufgabe der Schule für Lernhilfe ist es, die Kinder und Jugendlichen zu fördern, die auf Grund einer erheblichen und lang andauernden Lernbeeinträchtigung sonderpädagogischer Förderung bedürfen, und sie zum Abschluss der Schule für Lernhilfe zu führen, soweit nicht der Übergang in eine allgemeine Schule möglich ist.

Lernbeeinträchtigte stellen nach den Daten der Bildungsforschung einen hohen Anteil an den Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss. Eine inklusive Beschulung dieses Personenkreises lässt erfolgreichere Bildungsergebnisse erwarten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten für den Zeitraum der letzten fünf Schuljahre, zu berichten

- (1) In welchen Klassenstufen Schülerinnen und Schüler in welcher Zahl auf die Förderschulen L wechseln? Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler sind männlich bzw. weiblich? Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler sind ohne Deutsche Staatsangehörigkeit bzw. führen das statistische Merkmal „Migrationshintergrund“?
- (2) Wie viele Schüler schaffen in welcher Jahrgangsstufe den Übergang zurück an die Regelschule?
- (3) An welchen Regelschulen (integrative Beschulung), in welchen Jahrgangsstufen und in welcher Zahl gibt es Schülerinnen und Schüler mit festgestellten Lernbeeinträchtigungen?

- (4) Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Quote der Schülerinnen und Schüler mit einer festgestellten Lernbeeinträchtigung an allen Schülerinnen und Schüler je Schuljahrgang bzw. Klassenstufe in Wiesbaden im Vergleich zu den Rhein-Main-Großstädten Frankfurt, Darmstadt und Offenbach entwickelt?
- (5) Wie hoch war in den letzten fünf Jahren der Anteil der Förderschülerinnen und -schüler L, an allen Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Schulabschluss?

7. 13-F-33-0036

Fritz-Gansberg-Schule

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 30.04.2013-

Die Fritz-Gansberg-Schule verfügt über zu kleine und unterschiedlich große Klassenräume, keinerlei Differenzierungsräume und eine winzige Gymnastikhalle, die kaum mehr benutzbar ist. Die Grundschüler werden für die Sportstunden mit dem Bus in benachbarte Schulen (Johannes-Maaß-Schule, IGS Kastellstraße, Helene-Lange-Schule, Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule) transportiert.

Im Schulentwicklungsplan 2010 - 2015 ist davon die Rede, dass die Schule bis zum Schuljahr 2014/2015 um 25% wachsen wird.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- (1) Inwieweit tragen die Bewertungen innerhalb der Prioritätenliste den geschilderten Sachverhalten Rechnung?
- (2) Was hat sich aus Sicht der Schulentwicklungsplanung, seit Vorlage der Prioritätenliste im Frühjahr 2012 verändert?
- (3) Welchen Planungen und (Kooperations-)Konzepten gibt es um Betriebsbeeinträchtigungen, wie z.B. fehlende Sportflächen zukünftig aufzufangen?
- (4) Gibt es mit der Schule Gespräche hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Schule?
- (5) Gibt es seitens des Magistrates oder der zuständigen Ämter bereits Überlegungen hinsichtlich eines Neubaus einer Grundschule in für die Innenstadt und in welcher Weise spielt die Fritz-Gansberg-Schule hierbei eine Rolle?

8. 13-V-40-0013

DL 09/13-10

Medienentwicklungsplan für die Wiesbadener Schulen für einen Planungszeitraum von vier Jahren

Bereich Kultur:

9. 13-F-08-0032

Informationstafeln zum römischen Kastell, zum römischen Ehrenbogen und zu den römischen Meilensteinen an der Kreuzung Große Kirchenstraße/Marktstraße/Zehnthofstraße in Mainz-Kastel

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 30. April 2013-

Im Zusammenhang mit der Entdeckung des Fundaments eines römischen Ehrenbogens („Germanicus-Bogen“) 1986 und der Einrichtung des Museums Römischer Ehrenbogen in der Großen Kirchenstraße wurde durch Variation des Straßenpflasters, Gestaltung einer Hauswand, Aufstellung bzw. Anbringung von Repliken von römischen Meilensteinen und Inschriften sowie durch Informationstafeln an Hauswänden auf die Lage und Bedeutung des römischen Kastells, des Ehrenbogens und der römischen Straßenzüge zwischen Castellum Mattiacorum, Moguntiacum und Aquae Mattiacorum hingewiesen.

Die Informationstafeln sind über Jahrzehnte der Witterung ausgesetzt und sind seit längerem nicht oder kaum noch lesbar. Eine Tafel wurde vor längerer Zeit im Zuge einer Fassadensanierung entfernt und nicht wieder angebracht.

Der Ortsbeirat hatte deshalb im November 2012 einstimmig beschlossen:

„Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass alle einst vorhandenen Tafeln durch neue Tafeln in qualitativvoller Ausführung umgehend ersetzt werden.“

Die Tafeln wurden leider bis heute nicht ersetzt. Der Ortsbeirat hat bis heute noch nicht einmal eine Rückmeldung seitens des Magistrats erhalten. Er hat deshalb dies angemahnt.

Es ist völlig unverständlich, dass offenbar seitens der Stadtregierung so wenig Interesse an der Kenntlichmachung solch bemerkenswerter Funde aus der römischen Antike im Stadtgebiet besteht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge mitteilen,

wann endlich die Informationstafeln zu den Funden aus der Zeit der römischen Antike im Ortsbezirk Mainz-Kastel erneuert werden.

10. 13-F-08-0033

Sachstandsbericht Kulturführer Wiesbaden / Museumsflyer

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 30. April 2013-

In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 8. November 2012 stellte die Fraktion LINKE&PIRATEN unter dem Betreff „Informationen über die Museenlandschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden“ folgenden Antrag:

„Der Magistrat möge mit den Trägerinnen und Trägern der Museen in der Landeshauptstadt Wiesbaden in Kontakt treten und die Herausgabe eines gemeinsamen Flyers anregen, der dann z.B. in der Touristeninformation und den einzelnen Museen ausgelegt und ins Internet eingestellt werden kann.“

In der anschließenden Aussprache wurde seitens des Dezernats eine Publikation über die Kultureinrichtungen angekündigt, die dann auch über die Museenlandschaft in Wiesbaden informieren soll.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie weit das Projekt Kultur-Flyer zwischenzeitlich gediehen ist;
2. wann mit der Veröffentlichung eines Kultur-Flyers zu rechnen ist.

11. 13-F-33-0038

Entwicklung der Caligari-Filmbühne
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 30.04.2013-

Der Ausschuss für Schule und Kultur möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie haben sich die Besucherzahlen in der Caligari-Filmbühne in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Welche jahreszeitlichen bzw. saisonalen Schwerpunkte lassen sich in der Besucherresonanz identifizieren? Wie war die Entwicklung im Zeitablauf?
3. Welche Erkenntnisse liegen vor
 - a) über die regionale Herkunft (Stadtgebiet Wiesbaden, Rhein-Main-Gebiet, Sonstige) der Besucher?
 - b) über die Altersstruktur der Besucher?
4. Wie war in den vergangenen fünf Jahren die Resonanz von Festivalveranstaltungen und Filmreihen?
5. Welche Aktivitäten werden unternommen, Kinder und Jugendliche an das Kulturgut ‚Kino‘ heranzuführen?

12. 13-V-41-0002

DL 12/13-9

Ausstattung für die Stadtbibliothek in der Mauritiusgalerie; Ausführungsvorlage

13. Verschiedenes (Bereiche Schule und Kultur)

Tagesordnung II

1. 13-V-40-0004

DL 12/13-6

Projekt Ausbau Grundschulkinderbetreuung Pilotstandort Grundschule Bierstadt

2. 13-V-40-0009

DL 12/13-7

Grundschule Bierstadt; Inklusion und Bauunterhaltungsmaßnahmen

3. 13-V-40-0014

DL 12/13-8

Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)

4. **13-V-41-0011** **DL 12/13-10**

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2012 und Budget 2013

5. **13-V-41-0003** **DL 09/13-11**

Endgültiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2012

6. **12-V-04-0010** **DL 09/13-1 NÖ**

Konzept zur dauerhaften Nutzung der Walkmühle als Zentrum der bildenden Kunst

Die Beratung dieses Punktes erfolgt ggf. in nicht öffentlicher Sitzung.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
stellvertretende Vorsitzende